
Wohlstand und Wirtschaftssystem

Felix Butschek

Der Wohlstand eines Landes hat weit zurückreichende historische Wurzeln. Der heutige Repräsentant dieses Wohlstandes, der entwickelte westliche Industriestaat, mit hohem Volkseinkommen und voll ausgebautem System der sozialen Sicherheit, ist historisch gesehen eine recht junge Erscheinung. Er läßt sich auf die industrielle Revolution zurückführen, welche Ende des 18. Jahrhunderts einsetzte und die Welt verwandelte.

Natürlich kennt auch die ältere Geschichte sozio-ökonomische Veränderungen, doch geschahen diese über weite Zeiträume und konnten von einer Generation kaum wahrgenommen werden. Mit der Industrialisierung erfolgten die Wandlungen rasant und die Gesellschaft hatte Mühe, sie zu verarbeiten. Antrieb wie auch Resultat dieser Entwicklung war die vorher nie gekannte Produktivitätssteigerung, welche den heutigen Wohlstand erlaubte.

Der Industrialisierungsprozeß vollzog sich jedoch in den europäischen Ländern nicht gleichzeitig. Er diffundierte, von England ausgehend, mit einer gewissen zeitlich-räumlichen Systematik. Unmittelbar nach England setzte die industrielle Revolution in der Schweiz und in den USA ein, welche drei Länder der ersten Industrialisierungsphase zuzurechnen sind (Hoffmann, 1931). Von den angelsächsischen Staaten breitete sich die Industrialisierung nach Osten aus und erfaßte in ihrer zweiten Phase die wichtigsten kontinentaleuropäischen Länder, wie Belgien, Frankreich, Deutschland und Österreich. In der dritten Periode weitete sich der Prozeß auf Skandinavien und die Niederlande aus. Die ost- und südeuropäischen Staaten wurden erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts voll erfaßt.

Seit dem 2. Weltkrieg erleben wir – vereinfacht gesprochen – ein Übergreifen des Industrialisierungsprozesses auf die außereuropäische Welt; es entsteht ein neues Zentrum der wirtschaftlichen Expansion in Südostasien, in Südamerika vollzieht sich der Industrialisierungspro-

zeß sehr diskontinuierlich, ein ganzer Kontinent, Afrika, steht kaum an dessen Beginn.

Und diese Ausgangssituation prägt im Grunde noch immer das Wohlstandsgefälle der Welt. Die USA und die Schweiz, Länder sehr früher Industrialisierung, die schon vor dem 1. Weltkrieg zu den reichsten Nationen der Welt gehörten, stehen auch heute noch an der Spitze der wohlhabenden Industriestaaten. Natürlich traten in manchen davon spezifische Umstände auf, welche das Wirtschaftswachstum verringerten.

Charakteristisches Beispiel dafür bildet Großbritannien; einst der erste und reichste Industriestaat, der heute auf ein durchschnittliches Einkommensniveau zurückgefallen ist. Dagegen hat Japan, dank seiner stürmischen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg, eben dieses Niveau schon überschritten.

Ceteris paribus hätten diese Gegebenheiten auch das Einkommensniveau der osteuropäischen Länder bestimmt. Da sie zu jener Ländergruppe zählen, in welcher der Industrialisierungsprozeß später, nämlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte, wäre ihr durchschnittliches Volkseinkommen jedenfalls etwas unter dem west- und zentraleuropäischen Niveau gelegen. Und dieses Bild bietet sich auch noch vor dem 2. Weltkrieg. Das höchste Einkommen je Einwohner erzielten 1938 die USA. Demgegenüber blieb jenes von Nord- und Westeuropa in unterschiedlichem Maße zurück. Die Einkommen Zentral- sowie Nordosteuropas lagen noch tiefer, angeführt von einer Staatengruppe mit gleich hohen Einkommen, nämlich Österreich, der ČSR und Finnland. Die südlichen und südosteuropäischen Staaten blieben auch der vorgenannten Gruppe gegenüber weit zurück – mit der Ausnahme Italiens, welches einkommensmäßig Zentraleuropa zuzurechnen war.

Auch in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg lassen sich noch keine entscheidenden Ansätze für eine von dieser historischen Struktur abweichenden Entwicklung zwischen den europäischen Ländern erkennen. Die meisten waren mit dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft beschäftigt und kamen fast alle in den Genuß der UNRRA-Hilfsleistungen, welche die Ernährung der europäischen Bevölkerung nach dem Krieg sicherstellen sollten. Auch wenn in manchen Staaten des sowjetischen Einflußbereiches Koalitionsregierungen unter Führung der Kommunistischen Partei recht weitgehende Verstaatlichungsprogramme beschlossen, wie etwa in der damaligen ČSR, bedeutete dies noch keine grundlegende Änderung des Wirtschaftssystems und beeinträchtigte auch keineswegs einen erfolgreichen Wiederaufbau, wie dies ja auch die ČSR demonstrierte, als bereits 1948 das Produktionsniveau der Vorkriegszeit übertroffen wurde – trotzdem 2 Millionen deutscher Arbeitskräfte ausgewiesen worden waren. Sie hatte damit ihre Position gegenüber den anderen Ländergruppen eher verbessert und übertraf 1948 das durchschnittliche Bruttonationalprodukt Österreichs um die Hälfte. (Letzteres war durch das Besatzungsregime sowie infolge der

Brutto-Nationalprodukt je Einwohner

USA = 100

Länder	1938 ¹		1947 ¹		1948 ¹		1985	
	\$	in %	\$	in %	\$	in %	\$	in %
Nordwesteuropa								
Dänemark	316	60,7	276	41,5	307	45,0	12.254	74,3
Irland	252	48,4	247	37,1	287	42,0	6.704	40,6
Norwegen	255	48,9	248	37,3	253	37,0	13.897	84,3
Schweden	367	70,4	413	62,1	413	60,5	12.639	76,6
Großbritannien	378	72,6	363	54,6	401	58,7	10.915	66,2
Westeuropa								
Belgien-Luxemburg	275	52,8	255	38,4	278	40,7	10.680	64,8
Frankreich	236	45,3	207	31,1	228	33,4	11.445	69,4
Niederlande	323	62,0	219	32,9	250	36,6	11.269	68,3
Schweiz	367	70,4	451	67,8	441	64,6	.	.
BRD	12.179	73,8
Mittel- und Nordosteuropa								
Österreich	179	34,4	96	14,4	130	19,0	10.729	65,0
ČSFR	176	33,8	165	24,8	195	28,6	6.000	36,4
Finnland	178	34,2	151	22,7	173	25,3	11.442	69,4
Ungarn	112	21,5	82	12,3	98	14,4	5.062	30,7
Polen	104	19,9	114	17,1	141	20,6	3.977	24,1
Süd- und Südosteuropa								
Bulgarien	68	13,1	51	7,7	66	9,7	.	.
Griechenland	80	15,4	58	8,7	62	9,1	6.001	36,4
Italien	127	24,4	100	15,0	105	15,4	10.841	65,7
USA	521	100,0	665	100,0	683	100,0	16.494	100,0

Quelle: UN: Economic Survey of Europe in 1948, Geneva, 1949; OECD: National Accounts, Vol. 1 - Main Aggregates, Purchasing Power Parities Supplement. Paris 1987. United Nations: International Comparison of Gross Domestic Product in Europe 1985. New York 1988; J. Langr, Zur Diskussion über das Niveau des Brutto-Inlandsproduktes in der ČSFR (tschechisch), Politická Ekonomie (37) 1989.

¹ Zu Preisen 1938.

ständigen Drangsalierungen durch die sowjetische Besatzungsmacht besonders gedrückt.) Ähnliches läßt sich für Polen sagen, nur in Ungarn vollzog sich der Wiederaufbau langsamer. Dennoch wird man in diesem Jahr den Anfang jenes Bruches ansetzen können, der sich in der Folgezeit immer mehr vertiefte.

Politische und wirtschaftliche Spaltung

Unmittelbaren Anlaß dazu bildete die Präsentation des „Marshall-Planes“. Dieser war nach dem Krisenwinter 1947 ausgearbeitet worden, weil die Regierung der USA den Eindruck erhielt, die bisherigen Hilfsmittel reichten zur Sanierung der europäischen Volkswirtschaften nicht aus und die Instrumente von Bretton Woods, Internationaler Währungsfonds und Weltbank, erwiesen sich in dieser Situation als stumpf. Dazu kam sicherlich die politische Entwicklung, welche den kalten Krieg immer mehr intensivierte.

Das Ende dieses Jahrzehnts bestimmte die Entwicklungsstruktur der nächsten 40 Jahre. In den westlichen Industriestaaten (in der OEEC, später OECD zusammengeschlossen) konnte damit das Nachkriegskonzept der USA realisiert werden, das in den einzelnen Staaten auf marktwirtschaftlicher Koordination beruhte und auch international den freien Fluß von Gütern, Dienstleistungen und Zahlungen vorsah. Dieses Konzept, das Ende der fünfziger Jahre noch durch weitergehende Integration der europäischen Länder zumindest partiell vertieft wurde, brachte langfristig ungeheure Erfolge. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes erreichte ein historisch noch nie gekanntes Ausmaß und erlaubte den westeuropäischen Staaten nicht nur, ihren materiellen Wohlstand zu steigern, sondern auch das Netz der sozialen Sicherheit sowie die Erziehungsinstitutionen auszubauen. Mitte der siebziger Jahre geriet das System in Turbulenzen, weil äußere Schocks – die Erdölkrise – mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fehlentwicklungen zusammentrafen, die, vereinfacht gesagt, aus einer Überforderung der Volkswirtschaft wie des Staates resultierten. Doch gelang es, innerhalb einer Dekade das System wieder zu stabilisieren, sodaß Ende der achtziger Jahre ein neuer Wachstumsschub einsetzte.

Ganz anders entwickelten sich die osteuropäischen Staaten im Einflußbereich der Sowjetunion. Zunächst wurde ihnen die Teilnahme am Marshall-Plan untersagt – im Fall der CSR geschah das sehr dramatisch – aber in kurzer Folge kam es zum totalen Umbau des politischen und ökonomischen Systems dieser Länder. Anstelle der Demokratie trat ein totalitärer Staat und anstelle der marktwirtschaftlichen Koordination eine Zentralverwaltungswirtschaft, welche die Art der Produkte, deren Mengen und Preise zentral festlegte. Die Disposition über die Produktionsmittel ging vom – privaten – Unternehmer auf den Staat über.

Die Kritik an diesem System setzte – auf frühe Arbeiten österreichischer Ökonomen, wie Mises und Hayek zurückgreifend – bald ein, weil gesagt wurde, es sei nicht in der Lage, die Ressourcen so zu verteilen, daß bei gegebenem Input der höchstmögliche Ertrag erzielt werde. Eine Situation, die in den fünfziger Jahren noch keineswegs derart manifest war, da sich der Wohlstand im Westen gegenüber der Vorkriegszeit erst allmählich erhöhte und die erwarteten Fehlleistungen des östlichen Systems nicht offen zutage traten, da ja auch die „neuen“ Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas vielfach noch von einer marktwirtschaftlichen Basis mit einer mehr oder minder korrekten Ressourcen-

verteilung ausgehen konnten. Erst ab den sechziger Jahren wurden seine Unzulänglichkeiten deutlich merkbar, je mehr sich das System von seinem marktwirtschaftlichen Ausgangspunkt entfernte.

Das Güterangebot vermochte sich der Nachfrage immer weniger anzupassen. Unfreiwillige Lager einerseits, Warteschlangen andererseits waren die Folge. Die Produktionstechnik veraltete immer mehr. Neuere Entwicklungen, wie Elektronik, wurden – außer im militärischen Bereich – überhaupt nicht mehr mitgemacht. Sparsames Produzieren wurde angesichts des Umstandes, daß man mangels Marktpreisen über die Knappheiten kaum mehr Bescheid wußte, den Betrieben aber unbeschränkt Mittel zur Verfügung standen, praktisch unmöglich.

Hatten Vertreter des östlichen Wirtschaftssystems stets betont, daß dieses von zyklischen Einbrüchen nicht betroffen werde, so erwies sich, daß die Turbulenzen der Erdölkrise durchaus auch auf den Osten durchschlugen. Ja noch mehr, während es den westlichen Industrienationen allmählich gelang, ihre Defizite von Budget und Leistungsbilanz zu stabilisieren, gerieten einige RGW-Länder in eine Verschuldungssituation, die sie an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führte.

Bemerkenswert erscheint auch, daß jene Ziele, die sich aus der politischen Ambition dieses Systems ergeben hätten, nicht zufriedenstellend erreicht werden konnten. Die dort entwickelten Institutionen der sozialen Sicherheit erwiesen sich jenen des Westens unterlegen. Lediglich offene Arbeitslosigkeit wurde durch weitgehenden Kündigungsschutz vermieden, führte aber in den Betrieben zu einer erstarrten Beschäftigungsstruktur, die mit für deren unzulängliche Leistung verantwortlich war. Die in den siebziger Jahren im Westen aufgeflamnte Diskussion über Umweltprobleme, welche dort schon zu sehr weitgehenden Maßnahmen auf diesem Gebiet führten, wurde in den RGW-Staaten überhaupt nicht zur Kenntnis genommen und führte zu den notorischen katastrophalen Resultaten. Gegen Ende des Jahrzehnts war die Unzulänglichkeit des Systems schließlich in einem Maße manifest geworden, das man im Auge behalten muß, wenn man Erklärungen für den gesellschaftlichen Umbruch in diesen Ländern finden will.

Der quantitative Ausweis

Wenn hier eine quantitative Untermauerung der zuvor angestellten Überlegungen versucht wird, so muß einschränkend dieser Darstellung vorangestellt werden, daß exakte Aussagen nicht möglich sind, weil keine wirklich präzise vergleichbaren Daten vorliegen. Wohl existieren für die westlichen Länder weiter zurückreichende Volkseinkommensrechnungen, die einen Vergleich der Wirtschaftsentwicklung zulassen, wenn sich auch die Berechnungen für die unmittelbare Nachkriegszeit noch nicht auf das System of National Accounts stützen. Ein solcher ist aber nicht ohne weiteres zwischen den Staaten der beiden Blöcke möglich. Zunächst weil sich die Volkseinkommensrechnungen bis vor

kurzem unterschieden. Die RGW-Staaten bezogen nicht alle Dienstleistungen in ihr „Netto-Materialprodukt“ ein, dann aber, weil auch die Berechnungsmethoden differierten. Allerdings versuchten die Vereinten Nationen schon seit einiger Zeit vergleichbare Berechnungen anzustellen, doch nahmen an diesem Projekt von den Oststaaten nur Polen und Ungarn teil. Nur für diese beiden Länder existieren somit vergleichbare Daten. Für die ČSFR wurden sie aus verschiedenen tschechoslowakischen Studien im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geschätzt (Stankovsky, 1990).

Die mangelhafte Exaktheit der Daten erweist sich jedoch als unbedeutend, weil das relative Volkseinkommen der Oststaaten seit 1948 dramatisch gegenüber dem der OECD-Staaten zurückgefallen war. Erzielte die ČSSR 1948 beispielsweise noch 78 Prozent des niederländischen Brutto-Nationalprodukts je Einwohner und übertraf das finnische um 13 Prozent, so erreichte sie 1985 in beiden Fällen nur die Hälfte. Besonders kraß wird ein Vergleich mit Österreich, welches sie 1948 noch um die Hälfte übertraf, während sich 1985 das Verhältnis genau verkehrt hatte. Ähnlich verhält es sich im Falle Polens, welches 1948 56,4 Prozent, 81,5 Prozent und 108,5 Prozent des Einkommens dieser Länder erzielte, 1985 jedoch 35,3 Prozent, 34,7 Prozent und 37 Prozent. Etwas weniger ausgeprägt, aber durchaus demselben Muster entsprechend, verlief die ökonomische Entwicklung in Ungarn. 1948 erreichte es 39,2 Prozent, 56,6 Prozent und 75,4 Prozent, 1985 44,9 Prozent, 44,2 Prozent und 47,2 Prozent.

Wenn dieser Rückfall gegenüber Finnland und Österreich besonders deutlich wurde, dann deshalb, weil sich insbesondere im OECD-Raum nach dem 2. Weltkrieg ein Prozeß der Einkommensangleichung vollzogen hat. Eingangs wurde darauf hingewiesen, daß der Industrialisierungsbeginn im wesentlichen noch immer die Einkommenshierarchie der Länder bestimme, doch ist die Aussage dahin einzuschränken, als sich der Einkommensabstand in dieser Zeitspanne wesentlich verringert hat, mit anderen Worten, die einkommensschwächeren Länder rascher gewachsen sind als die stärkeren (Dowrick/Nguyen, 1989, Breuss 1990). Für die osteuropäischen Staaten ergab sich daher nach dem 2. Weltkrieg ein doppelter Nachteil: Erstens blieb das System der östlichen Zentralverwaltungswirtschaften als Ganzes gegenüber den Marktwirtschaften des Westens zurück, zweitens aber wurden die historisch bedingt einkommensschwächeren osteuropäischen Industriestaaten ihrer Chance beraubt, den Einkommensrückstand aufzuholen.

Die präsentierten Daten bestätigen den individuellen Eindruck sowohl der osteuropäischen Bevölkerung wie der westlichen Besucher: Das wirtschaftliche und politische System Osteuropas hatte katastrophale Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten dieser Region. Es erwies sich als ein der Industriegesellschaft inadäquates Koordinationsinstrument für wirtschaftliche Entscheidungen und beraubte die Bevölkerung dieser Länder gewaltiger Entwicklungsmöglichkeiten. Nirgendwo existiert ein Anhaltspunkt dafür, daß andere

Ursachen den ökonomischen Rückstand der RGW-Staaten herbeigeführt hätten. Alle Überlegungen und Daten deuten darauf hin, daß dieser ausschließlich auf das verflossene politische und wirtschaftliche System zurückgeht.

Es ist im Augenblick nicht abzusehen, welche Zeit die Umstellung der osteuropäischen Staaten von der Zentralverwaltungs- zur Marktwirtschaft benötigen wird und wie weit dadurch weitere Einkommensverluste in Kauf zu nehmen sein werden. Bestenfalls können diese Länder damit rechnen, ihre marktwirtschaftliche Entwicklung von dem gegebenen, vergleichsweise niedrigen, Volkseinkommensniveau zu starten. Es muß auch vor der – vielfach geäußerten – Illusion gewarnt werden, man könne in einem Jahrzehnt den westlichen Standard erreichen. Derartige Aufholprozesse nehmen, wie die Daten dieser Studie zeigen, Jahrzehnte in Anspruch. Auf die lange Sicht freilich müßte auch den osteuropäischen Staaten jener Effekt zugute kommen, der im Westen während der vergangenen Jahrzehnte zu einer Einkommensangleichung geführt hatte, sodaß man letztlich annehmen kann, der Osten Europas werde nach Überwindung der Umstellungsschwierigkeiten zumindest rascher wachsen als der Westen.

Literatur

- Breuss F., Integration in Europa und gesamtwirtschaftliche Entwicklung, EG und EFTA-Staaten im Vergleich, Wien, 1990.
- Dowrick St./Nguyen D.-T., OECD Comparative Economic Growth 1950/1985: Catch Up and Convergence, American Economic Review, Nr. 5/89.
- Hoffmann W. G., Stadien und Typen der Industrialisierung, Jena, 1931.
- Stankovsky J., Wie man ein Bruttoinlandsprodukt für einen Oststaat errechnet, Internationale Wirtschaft, Nr. 14, 5. April 1990.